

# Volkswirtschaftlichen Schaden der Zweitwohnungsinitiative eindämmen

Durch die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative droht der Verlust von bis zu 13'000 Arbeitsplätzen. SAB fordert deshalb, dass bei der Ausarbeitung des Zweitwohnungsgesetzes die Anliegen der Berggebiete berücksichtigt werden. Zudem steht der Bund in der Pflicht, diesen enormen volkswirtschaftlichen Schaden mit flankierenden Massnahmen möglichst einzudämmen.

Thomas Egger, SAB, Selerstrasse 4, 3001 Bern

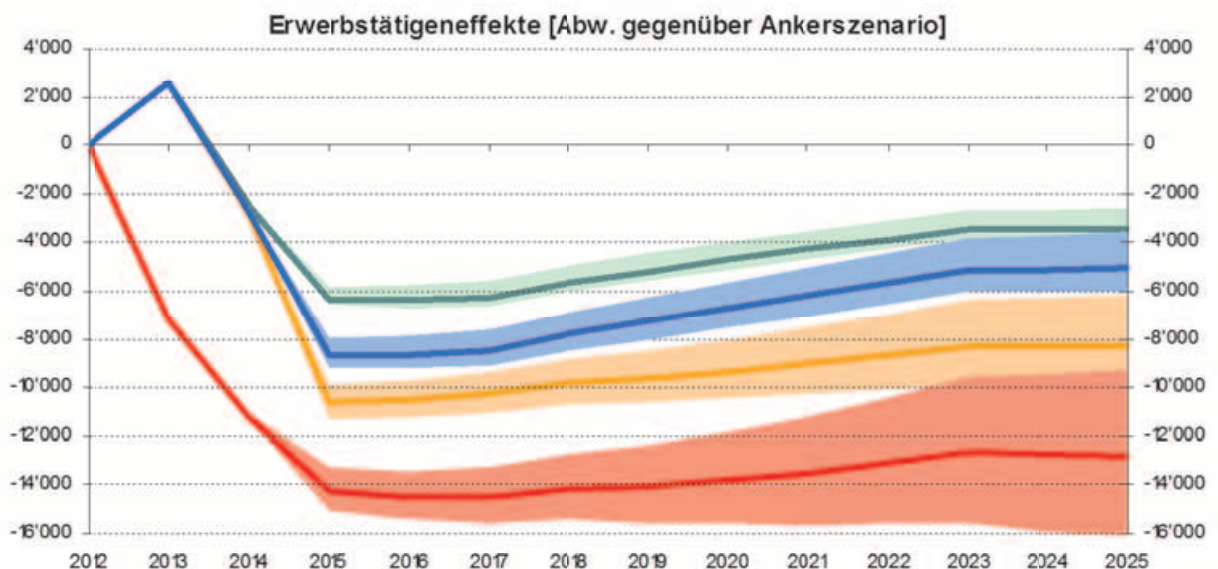
Das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco hat Mitte Februar 2013 zwei Berichte vorgelegt, welche die schädlichen Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative auf die Wirtschaft im Berggebiet in aller Deutlichkeit aufzeigen. Durch die Zweitwohnungsinitiative werden im schweizerischen Alpenraum dauerhaft mindestens 4'600 Arbeitsplätze verloren gehen. Bei einer allzu strengen Auslegung des Initiativtextes würden sogar bis zu 13'000 Arbeitsplätze verloren gehen. Es ist sehr bedauerlich, dass diese Analysen nicht bereits vor der Volksabstimmung vom 11. März 2012 vorlagen. Die Volksabstimmung wäre sonst möglicherweise anders ausgefallen.

## Zweitwohnungsgesetz im Sinne der Berggebiete ausgestalten

Die in den Studien enthaltenen Modellberechnungen zeigen eine erhebliche Spannweite in den Auswirkungen auf die Arbeitsplatzentwicklung auf. Dabei ist entscheidend, wie das Zweitwohnungsgesetz ausgestaltet wird. Dieses Zweitwohnungsgesetz wird derzeit von einer Arbeitsgruppe des Bundes vorbereitet und soll noch vor den Sommerferien im Entwurf stehen. Die nun vorliegenden Zahlen über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative bestärken die SAB in ihrer Haltung, dass das Zweitwohnungsgesetz auf keinen Fall einschränkender ausgestaltet werden darf als die Zweitwohnungsverordnung. Das Zweitwohnungsgesetz bietet vielmehr die Gelegenheit, allzu gravierende Auswirkungen durch die Initiative zu verhindern. Namentlich fordert die SAB, dass der Bau neuer, bewirtschafteter Zweitwohnungen weiterhin möglich

ist. Die Initianten haben im Abstimmungskampf immer betont, dass es ihnen nur um den Kampf gegen kalte Betten geht. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass der Bau von warmen, sprich bewirtschafteten Betten möglich sein muss. Dieses Versprechen gilt es nun im Zweitwohnungsgesetz einzulösen. Zudem muss mit dem Zweitwohnungsgesetz gewährleistet sein, dass auch neurechtliche (d.h. nach dem 1. Januar 2013 erstellte) Erstwohnungen in strukturschwachen Gemeinden unter gewissen Bedingungen in Zweitwohnungen umgenutzt werden können. Dabei wird zum Beispiel an Todesfälle in der Familie oder den Wegzug aus beruflichen oder familiären Gründen gedacht. In strukturschwachen Regionen besteht in der Regel keine Nachfrage nach Erstwohnungen,

ist. Die Initianten haben im Abstimmungskampf immer betont, dass es ihnen nur um den Kampf gegen kalte Betten geht. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass der Bau von warmen, sprich bewirtschafteten Betten möglich sein muss. Dieses Versprechen gilt es nun im Zweitwohnungsgesetz einzulösen. Zudem muss mit dem Zweitwohnungsgesetz gewährleistet sein, dass auch neurechtliche (d.h. nach dem 1. Januar 2013 erstellte) Erstwohnungen in strukturschwachen Gemeinden unter gewissen Bedingungen in Zweitwohnungen umgenutzt werden können. Dabei wird zum Beispiel an Todesfälle in der Familie oder den Wegzug aus beruflichen oder familiären Gründen gedacht. In strukturschwachen Regionen besteht in der Regel keine Nachfrage nach Erstwohnungen,



weshalb die Umnutzung in eine Zweitwohnung oft der einzige Ausweg darstellt.

### Den alpinen Tourismus neu erfinden

Durch die Zweitwohnungsinitiative verlieren Bund, Kantone und Gemeinden rund 90 Mio. Fr. an Steuereinnahmen. Alleine bei der Mehrwertsteuer ist mit Ausfällen von 30 Mio. Fr. pro Jahr zu rechnen. Zum Vergleich: der Bund investiert jedes Jahr 30 Mio. Fr. in seine Regionalpolitik. Der Bund muss deshalb alles Interesse daran haben, dass die Zweitwohnungsinitiative im Sinne der Berggebiete umgesetzt wird. Der Bund steht aber auch in der Pflicht, mit flankierenden Massnahmen den massiven volkswirtschaftlichen Schaden der Zweitwohnungsinitiative möglichst einzudämmen. Damit die flankierenden Massnahmen rasch wirken, erscheint es sinnvoll, sich vor allem auf bestehende Instrumente abzustützen. In den alpinen Tourismusorten müssen neue Geschäftsmodelle entwickelt werden. Der Tourismus muss neue Produkte und Dienstleistungen anbieten, um insbesondere auch in der Vor- und Nachsaison mehr Gäste anlocken zu können. Damit dies geschieht fordert die SAB, dass die Mittel für das Bundesprogramm InnoTour um 20 Mio. Fr. aufgestockt und damit verdoppelt werden. Ein entsprechender Vorstoss wurde von Nationalrat Hansjörg Hassler bereits eingereicht, aber noch nicht behandelt. Zudem soll die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit SGH mehr Möglichkeiten erhalten, um auf die Folgen der Zweitwohnungsinitiative reagieren zu können. Zu denken ist dabei beispielsweise an Kooperationsmodelle zwischen Hotelbetrieben und Zweitwohnungen. Ein entsprechender Vorstoss von Ständerat Jean-René Fournier wurde bereits gegen den Willen des Bundesrates überwiesen. Diesbezüglich steht aber auch die Tourismusbranche selber in der Verantwortung. Innerhalb der Destinationen muss die Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren – beispielsweise zwischen Hotels und Bergbahnen – massiv ausgebaut werden.

### Neue Wege in der Tourismusfinanzierung

Rund ein Drittel der Hotelneubauten im schweizerischen Alpenraum konnte in den letzten Jahren durch den Verkauf von Zweitwohnungen quersubventioniert werden. Mit der Zweitwohnungsinitiative fällt diese Option weg. Betroffen sind insbesondere grössere Hotelbauten im 4- und 5-Sternesegment. Können solche Bauten in Zukunft nicht mehr realisiert werden, so büssen die Tourismusdestinationen weiter an Attraktivität ein. Damit dies nicht geschieht, muss einerseits das Zweitwohnungsgesetz entsprechende Weichen stellen. Andererseits müssen aber auch dringend neue Finanzierungsmodelle für die Hotellerie geprüft werden. Für die SAB steht dabei ein Modell wie bei der österreichischen Tourismusbank im Vordergrund. Die ÖHT ist eine Kooperation zwischen dem österreichischen Staat und den Grossbanken. Durch die Kooperation von öffentlicher Hand und Banken kann eine viel grössere Hebelwirkung erzielt werden. Die Hotels profitieren zudem davon, dass sie nur einen Ansprechpartner haben. Ein entsprechender politischer Vorstoss von SAB-Präsident Isidor Baumann wurde im Ständerat bereits gegen den Willen des Bundesrates überwiesen.

### RÉSUMÉ

#### Atténuer les effets négatifs de l'initiative Weber

L'acceptation de l'initiative Weber aura d'importantes répercussions sur les régions de montagne. Deux études, commandées par le SECO, ont démontré qu'entre 4600 et 13'000 places de travail risquaient d'être supprimées dans les zones concernées. De plus, la Confédération, les cantons et les communes perdront des ressources fiscales équivalentes à près de 90 millions de francs. Dans ce contexte, le SAB s'engage, afin que la loi sur les résidences secondaires, en cours d'élaboration, tienne compte de ces réalités. Par exemple, il doit toujours être possible de construire des résidences secondaires, lorsque ces dernières permettent la création de lits chauds. D'autre part,

le SAB demande l'introduction de mesures d'accompagnement. L'enveloppe budgétaire accordée au programme fédéral InnoTour doit être augmentée, afin d'aider les milieux touristiques à développer de nouvelles offres et services. Pour sa part, la Société Suisse de Crédit Hôtelier (SCH) doit pouvoir diversifier ses activités, pour soutenir plus efficacement ce secteur. Enfin, il faut envisager la création d'une banque touristique, destinée à financer certains investissements touristiques. Cette dernière représenterait une forme de coopération entre l'Etat et les grandes banques.

### RIASSUNTO

#### Attenuare gli effetti negativi dell'iniziativa Weber

L'accettazione dell'iniziativa Weber avrà delle ripercussioni importanti sulle regioni di montagna. Due studi, commissionati dal SECO, hanno dimostrato che nelle zone interessate rischiano di essere soppressi dai 4600 ai 13'000 posti di lavoro. Inoltre, la Confederazione, i cantoni ed i comuni perderanno circa 90 milioni di franchi di entrate fiscali. In questo contesto, il SAB s'impegna, affinché la legge sulle residenze secondarie, attualmente in elaborazione, tenga conto di queste realtà. Per esempio, deve essere sempre autorizzata la costruzione di residenze secondarie, quando queste ultime permettano la creazione di « letti caldi ». D'altra parte, il SAB chiede l'introduzione di misure di accompagnamento. I finanziamenti previsti per il programma federale InnoTour devono essere aumentati, per aiutare i diversi settori turistici a sviluppare delle nuove offerte e dei servizi. Da parte sua, la Società svizzera di credito alberghiero (SCA) deve poter diversificare le proprie attività, per sostenere più efficacemente questo settore. Infine, bisogna prevedere la creazione di una banca turistica, destinata a finanziare alcuni investimenti turistici. Quest'ultima rappresenterebbe una forma di cooperazione tra lo Stato e le grandi banche.